

Fahnder

# Geheime Helfer

**Bayern empfiehlt den Verfassungsschutz als neue Waffe gegen das organisierte Verbrechen. Polizei und Justiz bezweifeln den Erfolg.**

**D**er Mann war voll des Lobes: „Eindrucksvolle Erfolge“ hätten seine Männer beim Kampf gegen die Organisierte Kriminalität erreicht. „Hochkarätige Quellen“ habe sein Amt plazieren können, „interessante Zusammenhänge“ entdeckt.

Die Laudatio von Bayerns Verfassungsschutzchef Gerhard Forster gilt einer bundesweit einmaligen Einsatztruppe. Während die Kollegen in den übrigen Ländern Extremisten ausforschen und Spione jagen, leisten Forsters Geheimdienstler seit zwei Jahren einen zusätzlichen Job: Sie spüren organisierte Kriminelle auf. Rund 50 Verfassungsschützer der Münchner 500-Mann-Behörde sind dafür abgestellt, Rauschgiftbanden, Fälscherringe und Erpressergangs zu beobachten, Dossiers anzulegen und die Informationen an die Polizei weiterzuleiten.

Allein 14 mafiose Gruppen aus dem früheren Ostblock wollen die Bayern beobachten, an den chinesischen Triaden seien sie dran, ebenso an rumänischen Banden, die als Tresornacker durch die Lande ziehen und möglicherweise von ehemaligen rumänischen



V. M. WEBER

**Geheimdienstler Forster:** „Hochkarätige Quellen“

Securitate-Agenten gesteuert werden. „Früher“, so Forster, „hätten wir höchstens einen ungeprüften Hinweis an die Polizei weitergeben können, heute bekommen die von uns Telefonnummern, Hinweise auf Geschäftspartner, Papiere.“

Schon fordert Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) die anderen Bundesländer auf, es ihm nachzutun. Wer die Mafia wirksam bekämpfen wolle, so der Minister, müsse auch den Geheimdienst aktivieren.

Doch bisher wirbt Beckstein vergebens. Außerhalb der Landesgrenzen gilt das bayerische Modell als rechtsstaatlich zweifelhaft, die Erfolge sind umstritten. Ganze drei Strafverfahren wurden bislang mit Hilfe der bayerischen Geheimdienstler abgewickelt.

Verfassungsschutzbehörden etlicher Bundesländer weigern sich, den Bayern ihre Daten und Erkenntnisse zugänglich zu machen, selbst das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz lehnt eine Zusammenarbeit ab. Generalbundesanwalt Kay Nehm mahnte die Bayern kürzlich gar öffentlich, ihr Modell taue nichts.

Auch die Polizeibeamten im Nachbarland Baden-Württemberg, von Forster als besonders kooperativ gelobt, sehen die Aktionen der Münchner Schlapphüte mit Skepsis. In einem „durchaus bedeutenden“ Fall habe die Polizei mit Hilfe des bayerischen Verfassungsschutzes zwar mehrere Personen festnehmen können, erklärt Klaus Mellenthin, Leiter der Abteilung Rauschgift und Organisierte Kriminalität im Stuttgarter Landeskriminal-



**Verbrechensrelikte Tresorschlösser, Waffen:** „Telefonnummern, Hinweise, Papiere“

amt (LKA). Aber: „Wir waren bereits an dem Fall dran“, betont Mellenthin, „und hätten ihn auch ohne Hinweis aus Bayern gelöst. Was wir bekommen haben, war Begleitinformation.“

Sogar die bayerische Polizei sieht die Arbeit der geheimen Helfer weit nüchterner als ihr Innenminister. Noch auf der polizeilichen Weihnachtsfeier im Dezember 1993 hatte der oberste Mafia-Jäger des Freistaates, LKA-Präsident Hermann Ziegenaus, seinen Innenminister bestärkt, von der Geheimdiensttruppe abzulassen. Ohne Erfolg.

Bei einer Tagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung im bayerischen Wildbad Kreuth zum Thema Organisierte Kriminalität erwähnte Ziegenaus denn auch die Erfolge des Verfassungsschutzes mit keinem Wort. Im Gegenteil: Wenn es um Organisierte Kriminalität gehe, „greifen wir natürlich hauptsächlich auf unsere polizeilichen Ansprechpartner zurück“, versicherte der Chefbeamte. Der Verfassungsschutz, so auch LKA-Ermittlungsleiter Walter Nachreiner, vollbringe keine Wunder: „Die legen uns keine Präsentpakete vor die Tür.“

Die Vorbehalte haben viele Gründe. Innenpolitiker der meisten Bundesländer verweisen auf das Trennungsgesetz, das die Westalliierten nach dem Zweiten Weltkrieg für die deutsche Polizei und den Geheimdienst verfügten. Es sollte verhindern, daß die Regierung erneut einen ähnlich machtvollen Spitzelapparat an die Hand bekommt wie vordem Hitler mit der Geheimen Staatspolizei.

Seither obliegt die Aufklärung von Verbrechen der Polizei. Der Verfassungsschutz soll staatsfeindliche Aktivisten beobachten, wie etwa Extremisten oder ausländische Agenten. Als Strafverfolger eingreifen, also Verdächtige festnehmen, dürfen die Geheimdienstler nicht.

Mittlerweile haben aber selbst die Alliierten diesen Grundsatz aufgeweicht: Nach ihren amerikanischen und französischen Kollegen dürfen demnächst auch die Agenten des britischen MI 5 Kriminelle beobachten. Doch in der Bundesrepublik will kaum einer die demokratische Erregungsschicht eines sauber getrennten Polizei- und Geheimdienstapparats aufgeben.

Zudem behindern sich die Behörden immer wieder gegenseitig. So mußte das bayerische LKA, erzählt ein leitender Mitarbeiter, bereits einmal einen verdeckten Ermittler aus der Szene zurückziehen, weil der auf einen gleichzeitig eingesetzten V-Mann des Verfassungsschutzes traf. Die Gefahr, daß sich die beiden verraten hätten, war zu groß.

### „Alle schürfen, aber die Informationen laufen nirgends zusammen“

Ohnehin entdecken immer mehr Behörden in der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ein neues Betätigungsfeld, das Forderungen nach mehr Personal und Geld rechtfertigen soll: Der Bundesgrenzschutz ist zuständig, das Zollkriminalamt in Köln, der Bundesnachrichtendienst, Dutzende von Polizeidienststellen und jetzt auch noch der Verfassungsschutz. „Eigentlich“, so ein LKA-Mann ironisch, „könnte man den ganzen Tag mit Besprechungen zwischen den zuständigen Dienststellen verbringen. Bisher schürfen alle, aber die Informationen laufen nirgends zusammen.“

Zudem hat der Verfassungsschutz der Polizei kaum noch etwas voraus. Nach

\* Ermordeter Giuseppe Sabia 1994 in einem Wald bei Offenbach.

der Verschärfung der Landes-Polizeigesetze dürfen auch Polizeibeamte die Szene mittels Lauschtechnik überwachen, verdeckte Ermittler einsetzen und observieren. „Es ist übertrieben, den Verfassungsschutz auch gegen Panzerknacker und Autoschieber einzusetzen, wie es die Bayern tun“, sagt der hessische Innenstaatssekretär Heinz Fromm (SPD). „Das kann die Polizei viel besser.“

Der neue Service für die Polizei könnte denn auch neue Gefahren für die Geheimdienstler selbst bringen. Saarlands Verfassungsschutzchef Helmut Albert fürchtet bereits, seine Kollegen und er könnten komplett in den Polizeiapparat eingegliedert werden.

Die Grünen in Baden-Württemberg sehen das ähnlich. Ihr polizeipolitischer Sprecher Reinhard Hackl: „Der Verfassungsschutz wird allmählich zur Unterabteilung der Polizei.“

Forsters Mannen sehen ihre Arbeit anders: „Wir können unsere Leute doch nicht einfach abschalten, wenn sie an organisierte Verbrecher herankommen“, sagt Hans Busch, beim bayerischen Verfassungsschutz zuständig für die neue Abwehrtruppe. „Oft ist nicht klar, ob wir es noch mit einem Geheimdienst zu tun haben oder mit Geldwäschern.“ Zudem gelangten Hinweise von befreundeten ausländischen Diensten früher nicht an die Polizei.

Immer wieder träfen die Ermittler auch auf ehemalige Spione, die sich plötzlich als Kriminelle betätigten: „Es wäre unverantwortlich, solche Informationen nicht aufzugreifen“, sagt der Bayer Forster.

Als Wunderwaffe verstehen sich die Geheimdienstler indes selbst nicht, eher als Zuarbeiter. Forster: „Die OK-Bekämpfung ist auch ohne Verfassungsschutz möglich – aber es fehlen ohne Not einige Mosaiksteine.“ □



**Mafia-Handelsware Kokain, Mafia-Opfer\*:** Ehemalige Spione als Kriminelle